

Unabhängige klagen über mangelnden Informationsfluss

UWG: Fühlen uns als unerwünschte Fraktion im Rathaus

Von unserem Redakteur
Bernhard Komesker

GANDERKESEE. Die UWG-Fraktion verlangt von der Gemeindeverwaltung Aufklärung über den Stand der Dinge in Sachen „Entwicklungssache/B212neu“. Zweitens solle auch über die Situation beim Regenrückhaltebecken an der Straße „Im Lekkerland“ informiert werden, fordert UWG-Fraktionschef Otto Sackmann in einem Schreiben an Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas. Sie solle zu beiden Themen eine Sondersitzung des Gemeinderates einberufen.

Sackmann möchte den Werdegang der Straßenplanung in einer Drucksache geschildert bekommen. Dazu gehören Auskunft über die Termine, Teilnehmer und Inhalte von Gesprächen ebenso wie über die Kosten des Gutachtens, das Ganderkesee und Delmenhorst in Auftrag gegeben hatten. Wie berichtet, hatte die Expertise den Bau einer Delmenhorster Westumgehung auf Ganderkeseer Gebiet ergeben. Sackmann erklärte, der UWG genüge die mündliche Auskunft in geheimer Ratsitzung vom 4. Dezember nicht. Die Verwaltung solle Stellung beziehen, weshalb das Planungsszenario, das lange im Rathaus lag, den Politikern nicht früher vorgestellt worden sei.

Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas erklärte dazu, die Verwaltung bereite eine öffentliche Informationsveranstaltung vor, die

aber noch nicht terminiert sei. Das hänge vom Terminkalender von Joachim Delfs, Leiter der Straßenbau-Landesbehörde, ab.

Zweites Thema der Sondersitzung soll nach Vorstellungen der Unabhängigen das Regenrückhaltebecken an der Straße „Im Lekkerland“ sein. Hier soll die Gemeinde die Ergebnisse der Proben vorstellen, die sie und die Firma Pries im Regenwasserkanal gezogen haben. Außerdem will die UWG wissen, weshalb auf der Ratsitzung am 13. Dezember nicht über die Analysen informiert wurde, weshalb die Resultate offenbar voneinander abweichen und warum die Gemeinde keine Anzeige erstattet habe.



Otto Sackmann ist sauer. FOTO: MÖLLERS

Die Bürgermeisterin hat dagegen bereits den Ausschuss für Straßen, Verkehr, Umweltschutz und Landwirtschaft einberufen, der am Mittwoch, 9. Januar, um 18 Uhr im Rathaus tagen wird. Sackmann sagte gestern, die UWG fühle sich im Rathaus als unerwünschte Fraktion,

da sie immer wieder vom Informationsfluss abgeschnitten sei. Einer weiteren kleinen Fraktion gehe es ähnlich – zumindest was die Information über ein Gespräch zwischen der Verwaltungsspitze und den Ortsvereinen über die B 212 neu angehe. Auch über eine geplante Umgestaltung des Vorplatzes am Awo-Domizil in Bookholzberg sowie über das provisorisch genehmigte Zelt der Firma Schmalriede Zink an der Handelsstraße sei die UWG nur ungenügend bis gar nicht aufgeklärt worden, klagte Sackmann.